

13.01.2009

## **Pressemitteilung von Martina Bunge**

### **Konjunkturpaket II: Kein großer Wurf**

„Eine finanzielle Beteiligung des Bundes bei den Krankenhausinvestitionen ist seit langem überfällig. Doch die beabsichtigten Maßnahmen der Koalition reichen bei Weitem nicht aus.“, kommentiert Martina Bunge, Mitglied der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, die gesundheitspolitischen Pläne der Koalition bezüglich des Konjunkturpaketes II. Bunge weiter:

„Es ist gut, dass die Koalition bei den Krankenhäusern endlich über ihren Schatten springt. Bislang verwies sie immer auf die alleinige Verantwortung der Bundesländer. 3,5 Milliarden Euro sollen in den nächsten zwei Jahren insgesamt für kommunale Infrastrukturprojekte, darunter Krankenhäuser, eingesetzt werden können. Um den Investitionsstau in Höhe von 50 Milliarden Euro bei den Krankenhäusern beseitigen zu können, ist jedoch eine längerfristige Perspektive notwendig. DIE LINKE fordert deshalb, jährlich Finanzmittel in Höhe von jeweils 2,5 Milliarden Euro durch Bund und Länder über einen Zeitraum von zehn Jahren bereit zu stellen. So könnten in den alten Bundesländern vor allem die Krankenhausbauten modernisiert werden, in den neuen Bundesländern die Ausstattung der Kliniken.

Die Krankenkassenbeiträge sollen durch mehr Steuermittel gesenkt werden. Doch die Koalition verpasst die Chance, die hälftige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederherzustellen. DIE LINKE fordert schon lange die Abschaffung des Sonderbeitrags in Höhe von 0,9 Prozent, der allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu tragen ist. Dies wäre der richtige Schritt, um die Versicherten wirklich zu entlasten. In dieser Frage ist die SPD vor der Union zugunsten der Arbeitgeber eingeknickt.

Eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, wie sie die Fraktion DIE LINKE fordert, könnte sogar eine umfassende Gesundheitsversorgung mit weitaus niedrigeren Beiträgen und ohne Zuzahlungen ermöglichen. Doch eine solche Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zieht die Koalition überhaupt nicht in Betracht.“